



19. Juni 2020

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **In Deutschland werden Rechtsextremismus und Hasskriminalität jetzt stärker bekämpft**
- **Siemtje Möller neue Sprecherin des Seeheimer Kreises**
- **Positives Zeugnis für sozialdemokratischen Minister**
- **Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Pauschalreisevertragsrecht**
- **Neue Gesetzesvorhaben zur Bewältigung der Corona-Folgen**
- **Europäisches Kurzarbeiterprogramm**
- **Ende des 52-Gigawatt-Deckels**
- **Fortentwicklung des Pfändungsschutzkontos**
- **Bild der Woche**

In Deutschland werden Rechtsextremismus und Hasskriminalität jetzt stärker bekämpft



Mehr als drei Viertel aller von der Polizei registrierten Hasskommentare im Netz sind rechtsextremistisch. Der Bundestag hat diese Woche deshalb das Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität verabschiedet. Der Name ist Programm: Durch ein ganzes Maßnahmenbündel sollen Hass und Hetze besser verfolgt und bestraft werden können.

Eine wichtige neue Regelung ist, dass soziale Netzwerke verpflichtet werden, strafbare Inhalte beim Bundeskriminalamt zu melden. Das gilt insbesondere bei Morddrohungen und Volksverhetzungen. Den Plattformen drohen hohe Bußgelder, wenn sie entsprechende Inhalte nicht weitergeben.

Mit dem Gesetz werden Hetze und Bedrohung im Netz künftig härter und effektiver verfolgt.

Der Strafraum bei Mord- und Vergewaltigungsdrohungen im Netz wird von bis zu einem auf bis zu drei Jahre Freiheitsstrafe verdreifacht.

Aggressive Beleidigungen im Netz können nun mit bis zu zwei Jahren statt bis zu einem Jahr Haft bestraft werden. Antisemitische Motive werden in Zukunft ausdrücklich strafverschärfend wirken.

Gleichzeitig sollen die Plattformen nicht mehr nur löschen, sondern müssen bestimmte strafbare Einträge wie Volksverhetzungen, Mord- und Vergewaltigungsdrohungen sowie Neonazi-Propaganda dem Bundeskriminalamt melden, durch welches die Hinweise an die zuständigen Staatsanwaltschaften weitergeleitet werden.

Von dieser Meldepflicht wird nun auch die Verbreitung von Kinderpornografie erfasst sein.

Außerdem werden **Kommunalpolitiker** besser vor übler Nachrede geschützt. Für Edgar Franke ist das ein wichtiger Schritt. Er selbst hatte häufig Kontakt mit Bürgermeistern, die bedroht wurden. Mehr Schutz bekommen auch die Mitarbeiter in Notaufnahmen. Sie werden künftig besser vor Drohungen und Gewalt geschützt.

Edgar Franke begrüßt dieses Maßnahmenpaket sehr: „Hass und Hetze dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Deshalb ist dieses Gesetz ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Als Opferbeauftragter der Bundesregierung weiß ich, dass gerade der hasserfüllte Rassismus, den einige Menschen über die sozialen Netzwerke verbreiten, echtes Gift für unsere Gesellschaft ist. Solche Äußerungen im Netz bereiten der Gewalt den Boden. Gut, dass wir die Menschen in unserem vielfältigen und offenen Land durch dieses Gesetz jetzt besser schützen können!“.

Siemtje Möller neue Sprecherin des Seeheimer Kreises

Die Verteidigungspolitikerin Siemtje Möller wurde diese Woche einstimmig als Sprecherin des Seeheimer Kreises gewählt. Damit folgt die niedersächsische Bundestagsabgeordnete, Lehrerin und zweifache Mutter auf Johannes Kahrs.

Der Sprecherkreis, bestehend aus Siemtje Möller, Dirk Wiese und Dagmar Ziegler, ist wieder vollständig. „Mit Siemtje Möller haben wir Seeheimer eine engagierte und fähige Frau an die Spitze gewählt“, betont Edgar Franke, der selbst seit vielen Jahren im Vorstand des pragmatischen Flügels der SPD-Abgeordneten aktiv ist.

„Gerade während der aktuellen Corona-Pandemie braucht die SPD den Seeheimer Kreis“, ist sich **Edgar Franke** mit seiner Kollegin **Esther Dilcher** einig. „Wir sind der Realitätskompass unserer Partei. Kluge Worte ohne Bezug zur Lebenswirklichkeit der Menschen sind nichts wert. Wir Seeheimer finden deshalb pragmatische Lösungen, die wirklich funktionieren“.



Positives Zeugnis für sozialdemokratischen Minister

Für die Abgeordneten Esther Dilcher und Edgar Franke ist klar: Die sozialdemokratische Ministerriege liefert in der Corona-Krise die passenden Antworten, insbesondere die Bundesminister Hubertus Heil, Franziska Giffey und Olaf Scholz (im Bild rechts zu Gast beim Seeheimer Kreis).

„Deshalb sollte unsere Parteiführung den Bundestagswahlkampf auf unsere Spitzenkräfte im Bundeskabinett ausrichten“, unterstreicht Edgar Franke. „Unsere Bundesminister leisten exzellente Arbeit und die Menschen nehmen das wahr. Obwohl die Union bei vielen wichtigen Vorhaben auf die Bremse tritt, konnten wir Vieles durchsetzen.“

Auch nach der nächsten Wahl brauchen wir pragmatische sozialdemokratische Politik die nah am Menschen ist!“.



**SCHÜTZEN SIE SICH UND IHRE MITMENSCHEN - LADEN SIE JETZT
DIE CORONA-WARN-APP AUF IHR SMARTPHONE**

[iOS – APPLE STORE](#) / [ANDROID – PLAY STORE](#)

.....

IHRE SPD-BUNDESTAGSFRAKTION PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN

Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Pauschalreisevertragsrecht

Reiseveranstalter und Reisevermittler stehen unverschuldet vor einer großen Welle von Rückzahlungsforderungen der Kunden, die ihre Reisen nicht antreten konnten.

Als fairen Interessenausgleich schlagen wir in unserem Gesetzentwurf vor:

- Die Reiseveranstalter können den Reisenden einen Gutschein anbieten anstatt den Reisepreis sofort zu erstatten
- Der Gutschein ist gegen eine etwaige Insolvenz des Reiseveranstalters abgesichert und kann bis Ende 2021 eingelöst werden. Danach wandelt er sich automatisch wieder in einen Rückzahlungsanspruch um.
- Die Reisenden sind nicht verpflichtet, die Gutscheine anzunehmen. Entscheiden sie sich dagegen, haben sie unverändert einen Anspruch auf Rückerstattung ihrer Vorauszahlungen.

Neue Gesetzesvorhaben zur Bewältigung der Corona-Folgen

In dieser Woche wurden im Bundestag drei große Gesetzesvorhaben zur Überwindung der Corona-Folgen in 1. Lesung beraten: ein zweites Corona-Steuerhilfepaket, ein zweiter Nachtragshaushalt 2020 sowie ein Haushaltsbegleitgesetz 2020.

Der Kaufkraftstärkung im Rahmen des Steuerhilfepakets dienen

- die befristete Senkung der Mehrwertsteuer von 19 auf 16 % bzw. von 7 auf 5 %,
- der einmalige Kinderbonus in Höhe von 300 Euro, der allen Familien zugutekommt, ohne Anrechnung auf die Sozialleistungen,
- sowie die Entlastung von Alleinerziehenden durch die Anhebung des Entlastungsbetrages auf 4.008 Euro für die Jahre 2020 und 2021.

Unternehmen werden zur Förderung ihrer wirtschaftlichen Erholung mit gezielten steuerrechtlichen Maßnahmen unterstützt und zusätzliche Investitionsanreize gesetzt.

Mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2020 werden die Grundlagen für die Finanzierung gelegt. Der Bund wird zusätzliche Kredite aufnehmen und die Schuldenbremse außer Kraft setzen.

Europäisches Kurzarbeiterprogramm

Die EU hat bereits Finanzhilfen als Kredite auf den Weg gebracht. Nun haben sich die Mitgliedstaaten auch auf ein Programm zur Unterstützung der Arbeitsmärkte geeinigt. Einige europäische Länder wurden sehr viel heftiger von der Krise getroffen als andere. Ihnen soll geholfen werden, mit Kurzarbeit oder vergleichbaren Instrumenten die negativen wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie abzufedern.

Bis Ende April hatten Unternehmen europaweit für 42 Millionen Erwerbstätige, das sind 27% aller Beschäftigten, Kurzarbeit beantragt. Das vorgelegte **„SURE-Gewährleistungsgesetz“** regelt die Garantien, die jedes Land entsprechend seinem Anteil am Bruttonationaleinkommen der Union zur Finanzierung des Maßnahmenpakets abgibt. Damit kann die Europäische Kommission Kredite am Markt aufnehmen und diese mit günstigen Konditionen an Mitgliedstaaten weitergeben, um die jeweiligen Arbeitsmärkte zu stabilisieren, Arbeitsplätze erhalten und Erwerbstätige schützen.

Ende des 52-Gigawatt-Deckels

Wir haben die Deckelung beim Ausbau des Solarstroms abgeschafft und neue Regeln für Windkraftanlagen beschlossen, um den Ausbau nicht weiter zu blockieren. Außerdem haben wir das Energierecht für Gebäude vereinheitlicht.

Windkraftausbau: Die Länder können einen Mindestabstand von bis zu 1000 Metern zwischen Windenergieanlagen und Wohngebäuden in ihren Landesgesetzen aufnehmen. Die strikte bundesweite 1.000 Meter Abstandsregelung bei Windkraft, die den Ausbau blockieren würde, ist vom Tisch.

Solarstrom: Auch nach dem Erreichen von 52 Gigawatt Solarstrom kann der Aufbau von Photovoltaik-Anlagen gefördert werden. Ein gutes Signal auch an die heimische Solarindustrie.



Gebäudeenergieeffizienz: Zur Erreichung der Klimaziele soll der Gebäudesektor bis 2050 weitestgehend klimaneutral sein. Das kann durch niedrigen Energieverbrauch, durch guten Wärmeschutz und die Nutzung von erneuerbaren Energien, z. B. für das Heizen erreicht werden.

Fortentwicklung des Pfändungsschutzkontos

Dreh- und Angelpunkt des heutigen Zahlungsverkehrs ist das Girokonto. Wird das Girokonto gepfändet, ist der oder die Betroffene womöglich vom bargeldlosen Zahlungsverkehr ausgeschlossen und vorübergehend komplett mittellos.

Seit Juli 2010 kann jeder auf Antrag sein Girokonto kostenlos in ein sogenanntes Pfändungsschutzkonto (P-Konto) umwandeln lassen. Auch der Pfändungsschutz muss jedoch nach nunmehr zehn Jahren an die gesellschaftlichen Veränderungen angepasst werden. Esther Dilcher warb in ihrer Rede vor dem Deutschen Bundestag deswegen für Zustimmung zu den folgenden Änderungen:



- Erstmalig werden Vorschriften für die Pfändung eines Gemeinschaftskontos geschaffen,
- Bürgerinnen und Bürger können über Zahlungseingänge in Zukunft auch dann verfügen, wenn sie ein Zahlungskonto mit negativem Saldo in ein P-Konto umwandeln,
- das Ansparen von nicht verbrauchtem Guthaben für Anschaffungen jenseits des täglichen Bedarfs wird erweitert,
- dem Schuldner wird der Zugang zu Nachweisen zur Erhöhung des Grundfreibetrags erleichtert werden und
- Kultusgegenstände, die der Ausübung von Religion und Weltanschauung dienen, werden ebenso unter den Pfändungsschutz fallen.

Bild der Woche

Neue Sprecherin des Seeheimer Kreises

Edgar Franke gratuliert Siemtje Möller, MdB, die zur Sprecherin des pragmatischen Seeheimer Kreises der SPD-Bundestagsfraktion gewählt wurde.



So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Wahlkreisbüro:

Bahnhofstraße 26
34369 Hofgeismar
Tel.: 05671-5099398

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5

35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Edgar Franke, Seite 2 Bild von [Gerd Altmann](#) auf [Pixabay](#), Seite 3 sharepic des Seeheimer Kreises, Seite 4 Bild Edgar Franke, Seite 6 sharepic der SPD-Bundestagsfraktion, Seite 7 Screenshot Video Esther Dilcher auf <https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7452499#url=L21lZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NDUyNDk5&mod=mediathek> und Seite 8 Bild Edgar Franke.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.